

Vandalismus und seine Kosten in Harburg

In Harburg kam es in den letzten Monaten immer wieder zu Vandalismus im öffentlichen Raum, an öffentlichen Gebäuden und politischen Büros. So wurden wertvolle Fassadenplatten aus Sandstein an Verwaltungsgebäuden eingetreten oder Anschläge auf Fraktionsbüros getätigt. Aber auch die Entwendung oder Zerstörung von Sitzbänken im öffentlichen Raum, Baumfrevel, das Abbrennen

oder Eintreten von Müllbehältern, Graffiti-Sprühereien und andere zerstörerische Taten, richteten hohe finanzielle Schäden an. Allein für die Beseitigung von Schäden durch Vandalismus an Schulen hat Hamburg im vergangenen Jahr rund 2,1 Millionen Euro ausgegeben. Betroffen waren im Jahr 2017 ganze 325 der insgesamt 374 Hamburger Schulen.



Unzählige wertvolle Sandsteinplatten wurden mittlerweile an den neuen Verwaltungsgebäuden zerstört. Plastikplanen verdecken provisorisch die Schäden.

Wir möchten das Thema eingehend beleuchten und entschieden dagegen vorgehen, denn die unschönen Schäden im öffentlichen Raum betreffen uns alle und ihre Behebung kostet die öffentliche Hand Millionen.

Die Abgeordneten der Bezirksversammlung Harburg sollen sich nun ein umfassendes Bild über die Zahl, Art und Motivation der Taten, das Ausmaß der Schäden, deren Erstattung und eventuelle Versicherungsfälle machen können. Betrachtet werden sollen auch die resultierenden Kosten für den Bezirk infolge von Vandalismus.

Sumpf in der Stadt? Maßnahmen der Renaturierung an der Engelbek

Naturschutz ist wichtig – keine Frage. In Sinstorf aber sorgt seit längerem die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf städtischen Wiesen für Unmut. Es geht um die seit 2005 begonnenen und behördlich veranlassenen Maßnahmen zur Renaturierung.

Seit etwa zwei Jahren beklagen Anwohner der Engelbek vermehrt nachteilige Veränderungen im Umfeld des Gewässers. Die anfallenden Wassermengen würden anders als früher nicht mehr rückstaufrei in den Außenmühlenteich abgeführt. Die Grundstücke der Anwohner würden folglich immer feuchter. Aufgrund der Vernässungen seien die Gärten der Anwohner teilweise nicht mehr so nutzbar wie bisher. Zudem wird eindringendes Wasser in die Kellerräume der Häuser beklagt. Vieles spricht dafür, dass die jahrelangen Eingriffe in den Gewässerlauf daran ihren Anteil haben.

Bei Ortsterminen wurde deutlich, dass die bachnahen Wiesen mittlerweile stark vernässt sind. Die Ufer sind teilweise unterspült und bieten keinen Halt mehr für Bäume und weidende Huftiere. Etlliche alte Bäume sind offensichtlich bereits abgestorben. Jüngst äußerte sich in der Presse sogar der Abteilungsleiter der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Harburg besorgt. Aufgrund

der hohen Bodenfeuchte fänden selbst gesunde, alte Eichen keinen ausreichenden Halt mehr in den aufgeweichten Böden und würden mit ihren Wurzeltellern umgeworfen. Er bezeichnete dies als „absolutes Novum“.

Wir sehen das alles sehr kritisch. Denn durch die voranschreitende Vernässung der stadteigenen Feuchtwiesen gerät nicht nur das bisherige Erscheinungsbild des Landschaftsschutzgebietes „Marmstorfer Flottsandplatte“ in Gefahr. Besonders die betroffenen Anwohner werden von Bezirk und Senatsbehörde benachteiligt. Fragen des Schadensersatzes für öffentliches und privates Eigentum bleiben ungeklärt, die Kosten für die Beseitigung abgestorbenen privaten Baumbestands werden nicht übernommen, die Fragen nach einer geeigneten Beweissicherung an den Gebäuden der Betroffenen wurden nur ausweichend behandelt.

Mittlerweile ist zumindest klar, dass sämtliche Oberflächenwässer der umliegenden Verkehrsflächen unbehandelt dem Gebiet zugeführt werden. Unklar bleibt, an welchen Stellen genau das Wasser zufließt. Erst durch unsere jüngste Anfrage wurde bekannt, dass bereits 123 Elemente als Strömunglenker in den Gewässerlauf eingebaut wurden. Ob

Gefälle und Querschnitt des flachen Bächleins ein derartiges Aufstauen verkraften und ob sich das Bachbett durch die Mengen an eingebrachten Materialien nicht derart hebt, dass umliegende Flächen versumpfen, ist bis heute nicht geklärt. Dies soll und muss weiterhin kritisch untersucht werden.

Unsere Fraktion setzt sich nachdrücklich mit Anfragen und Anträgen für eine regelmäßige Dokumentation und eine Verbesserung der Situation entlang der besiedelten Gebiete der Engelbek ein. Sollten Sie ebenfalls betroffen sein, wenden Sie sich gerne mit Ihrem Anliegen an uns.



Wir wollen kein „Klein-Manhattan“ in Harburgs Binnenhafen!



Wir fordern: Rahmenplan überarbeiten – städtebauliches Gesamtkonzept erstellen – maritimes Flair weiterentwickeln! GroKo und mit ihr fast alle anderen Parteien lehnen ab.

Der Harburger Binnenhafen hat herausragende Bedeutung für die aktuelle Stadtplanung im Bezirk. So sieht die Bezirksverwaltung ein Wohnungsbaupotenzial von weiteren 1500 Wohnungen im Hafengebiet. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von gewerblichen Bauprojekten, die zu einer erheblichen Nachverdichtung führen werden. Besonders weitere Hochhäuser werden voraussichtlich das zukünftige Gesicht des Binnenhafens prägen.

Neben dem Hotel am Veritaskai auf dem Gelände des ehemaligen Beach-Club sind in Nachbarschaft dazu mit dem Projekt „Neuländer Quarree“ und dem Vorhaben auf der Fläche der ehemaligen Fabrik der New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie zwei weitere Hochhäuser geplant. Nicht zu-

letzt soll in der Blohmstraße im Rahmen des Projekts „Hamburg Innovation Port“ ein bis zu 72 Meter hohes Gebäude entstehen.

Die Realisierung all dieser Projekte wird den Binnenhafen einerseits zweifellos bereichern. Andererseits wird sich das Quartier in seiner Anmutung stark verändern. Die Aufenthaltsqualität zwischen hohen Häuserreihen könnte leiden und das „Kleinklima“ durch ungünstige Windkanäle Schaden nehmen. Auch das Erscheinungsbild des Binnenhafens aus der Ferne könnte sich eines Tages aus mancher Perspektive wie eine „hohe Wand“ darstellen, wenn nicht konzeptionell und städtebaulich vorausschauend gesteuert wird.

Wir beantragen deshalb, die Verwaltung möge für den Harburger Binnenhafen ein städtebauliches Gesamtkonzept entwickeln. Ziele sollen dabei sein, die sich derzeit abzeichnende massive Nachverdichtung durch Hochhäuser einzudämmen und Aufenthaltsqualität, verträgliches „Kleinklima“ und maritimes Flair im Rahmen der weiteren baulichen Entwicklung sicherzustellen. Diesen Zielen entsprechend soll der bestehende Rahmenplan unter maßgeblicher Beteiligung der Begleitgruppe Harburger Binnenhafen angepasst und weiterentwickelt werden.

SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP unterstützen dieses wichtige Anliegen leider nicht. Es wird Zeit, dass Stadtplanung in Harburg von der Politik wieder ernst genommen wird. Es kann nicht sein, dass von Einzelprojekten zu Einzelprojekten entschieden wird und dabei das große Ganze aus den Augen gerät.

*Der Hansen-Speicher ist ein gutes Beispiel für eine gelungene bauliche Entwicklung im Binnenhafen. Wir wollen für Harburg keine Kopie von Hamburgs Hafencity und keine gesichtslosen Hochhäuser, sondern einzigartiges maritimes Flair!
(Siehe Foto links)*

Aktuelle Termine

Jeden letzten Mittwoch im Monat findet unsere **Abgeordneten-sprechstunde** in unserem Büro, **Schwarzenbergstraße 81, 21073 Hamburg** statt:

30. Mai und 27. Juni
jeweils von 16 bis 18 Uhr

Oder treffen Sie uns an folgenden Samstagen an unserem **Informationsstand** im Bezirk
jeweils von ca. 10.00-13.00 Uhr:

12. Mai – Heimfeld
Milchgrund/Ecke Heimfelder Str.

26. Mai – Neugraben
Marktpassage

16. Juni – Harburg
Sand

23. Juni – Harburg
Sand

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Etwasige Änderungen finden Sie auf unserer Homepage:
www.neueliberale-harburg.de

Der heiße Draht zur Fraktion

Tel.: 040 38 04 08 4-6

Fax: 040 38 04 08 4-7

fraktion@neueliberale-harburg.de

www.neueliberale-harburg.de

Schwarzenbergstraße 81, 21073 Hamburg

[facebook.com/NeueLiberaleFraktionHarburg](https://www.facebook.com/NeueLiberaleFraktionHarburg)

Fraktionssitzungen:

Jeden 1. und 3. Donnerstag
im Monat ab 18.00 Uhr

Ihre Ansprechpartnerin im Büro:

Eike Fischer

eike.fischer@neueliberale-harburg.de



Bei diesem kommunalpolitischen Newsletter handelt es sich nicht um Werbung, sondern um eine politische Information über unsere Arbeit im Bezirk. Parteien und politische Aktive sind aufgerufen, aktiv an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Diesem Auftrag kommen wir gerne nach. Der Newsletter ist dabei einer der Bausteine unserer transparenten und engagierten Arbeit.

NEWSLETTER

FRAKTION
HARBURG

NEUE
LIBERALE
DIE SOZIALLIBERALEN



Liebe Harburgerinnen und Harburger,

die schönere Jahreszeit hat begonnen und wir präsentieren Ihnen die Frühlings-Ausgabe unseres Fraktions-Newsletters.

Wir möchten Ihnen auf diesen Seiten einen kleinen Einblick in unsere politische Arbeit der ersten Monate des laufenden Jahres für unseren Bezirk Harburg geben.

Mit vollem Elan haben wir uns wieder der politischen Arbeit in Form von Anträgen und Anfragen gewidmet.

Unsere Schwerpunkte in den letzten Monaten waren die bauliche Entwicklung unseres Harburger Binnenhafens, mehr Grün- und Freiflächen im Bezirk, Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum und auf unseren Straßen, das soziale Thema Inklusion sowie mehr Möglichkeiten der Beteiligung der Menschen an der Politik vor Ort.

Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sind unsere zentralen Anliegen für Harburg. Regelmäßige Abgeordnetensprechstunden für die Harburgerinnen und Harburger in unserem Fraktionsbüro und Vor-Ort-Präsenz in den Fußgängerzonen des Bezirks sind für uns daher selbstverständlich.

Wir Neue Liberale stehen für eine demokratische Kultur. Wir stehen für eine politische Kultur, die unsere Gemeinwesen mit Leben füllt, die Anliegen und Sorgen der Menschen ernst nimmt. Ihre Meinung zu hören, ist für uns stets Anregung und Motivation für politisches Handeln.

Sagen Sie uns gerne Ihre Meinung. Wir freuen uns über ein Feedback zu unserer politischen Arbeit. Anregungen und Verbesserungsvorschläge zu unserem Newsletter sind ebenso willkommen.

**Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.
Ihre Neue Liberale Fraktion – die Sozialliberalen – Harburg**

Inhalt

Vorwort	1
Wir wollen einen Inklusionsbeirat für Harburg	2
Binnenhafen: Für genügend Grün- und Freiflächen sorgen.....	2
Stellplatzmangel.....	3
Zustand der Bezirksstraßen.....	3
Ihre Fraktion stellt sich vor	4
Ist Harburgs Internetauftritt verständlich und barrierefrei?.....	4
Maßnahmen der Renaturierung an der Engelbek	5
Vandalismus und seine Kosten in Harburg	5
„Klein-Manhattan“ in Harburgs Binnenhafen.....	6



Wir wollen einen Inklusionsbeirat für Harburg

Eimsbüttel ist nach Wandsbek der zweite Bezirk in Hamburg, der bereits einen Inklusionsbeirat eingeführt hat. Auch in Altona ist ein solcher Beirat in Planung. **Wir möchten auch im Bezirk Harburg die Einrichtung eines Inklusionsbeirats voranbringen.**

Der Beirat soll die Interessen von Menschen mit Behinderungen und besonderen Einschränkungen im Bezirk Harburg aktiv vertreten und so einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer inklusiven Kommunalpolitik leisten. Es gilt, eine Anlauf- und Vernetzestelle für Menschen mit Behinderung und besonderen Einschränkungen zu schaffen. Hier sollen quasi die wahren Experten mit ihren eigenen Erfahrungen zu Wort kommen.

Eine weitere Aufgabe des Inklusionsbeirates sollte sein, als Gesprächspartner der Bezirksversammlung und der Verwaltung

zu agieren und Hilfe in vielen kommunalen Fragestellungen anzubieten. Vor allem bei Fragen zur Planung von Bauvorhaben und in Belangen der sozialen Stadtentwicklung kann der Beirat unterstützend eingreifen. Zudem sollte er als Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen und als Vermittler fungieren, um die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Behindertenorganisationen im Bezirk Harburg noch effektiver voranzutreiben, damit alle die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben in vollem Umfang teilzunehmen.

Wir wollen in den Ausschüssen nicht mehr nur über Menschen mit Behinderungen und Inklusionsbedarf sprechen, sondern mit ihnen. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, selbst für ihre Belange einzutreten. Dies ist eine Forderung, die Behindertenverbände schon lange stellen.

Vorbild für die Umsetzung können beispielsweise die Inklusionsbeiräte von Wandsbek oder Eimsbüttel sein. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, welches nicht nur alle Lebensbereiche, sondern folglich auch weitgehend alle politischen Bereiche tangiert, wollen wir eine frühzeitige, breite und ergebnisoffene Beteiligung sowohl der Abgeordneten als auch vor allem der Betroffenen sicherstellen.

Bei dem Wort „Barriere“ denken wir meist sofort an ein sichtbares Hindernis. Es gibt aber auch Hindernisse, die man nicht sehen kann. Ein Beispiel dafür sind sprachliche Barrieren.

Für die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion ist das aus unserer Sicht auch eine wichtige Grundlage. Hierzu haben wir im Februar eine Initiative in der Bezirksversammlung eingebracht. Lesen Sie hierzu auf Seite 4 des Newsletters.

Harburgs Binnenhafen: Für genügend Grün- und Freiflächen bei weiterer Bebauung sorgen!

Zahlreiche Bauprojekte haben Harburgs Binnenhafen in den letzten Jahrzehnten verändert. Diese grundsätzlich sehr positive Entwicklung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Gerade größere Bauprojekte sollten mit mehr Behutsamkeit als bisher angegangen werden, damit Harburgs Binnenhafen ein unverwechselbares Vorzeigequartier bleibt.

Denn das ursprüngliche Konzept einer lebendigen Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit droht derzeit aus dem Gleichgewicht zu geraten. Während künftig weiterhin viel neue Wohnbebauung realisiert werden soll, ist von Grün- und Freiflächen, die dem Sport, der Kultur und der Freizeit gewidmet sind, von offizieller Seite kaum die Rede.

Es gilt jedoch, den besonderen Charakter des Binnenhafens zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei darf vor allem die Aufenthaltsqualität für die dort wohnenden und arbeitenden Menschen nicht außer Acht gelassen werden. Vielmehr sollten insoweit hohe Standards bei der weiteren Gestaltung von „Harburgs Perle“ angelegt werden.

Immer wieder haben auch etliche Mitglieder der Begleitgruppe Harburger Binnenhafen moniert, dass Grün- und Freiflächen im Zuge der massiven Bebauung nicht hinreichend berücksichtigt würden.

Wir beantragen daher, die Verwaltung möge die konzeptionellen und planerischen Voraussetzungen schaffen, um bei künftigen Bauvorhaben den Erhalt bzw. die Herstellung von öffentlich zugänglichen Grün- und Freiflächen zu sichern. Die Belange von Kultur, Sport und Freizeit sollten dabei besonders berücksichtigt werden.

Was macht Harburgs SPD/CDU Koalition? Sie lehnt den Antrag ohne Begründung ab. Das ist nicht nur schlechter Stil, das ist schlicht ignorant gegenüber den Menschen in einem der spannendsten Quartiere des Bezirks.



Stellplatzmangel in Harburg und keine Lösung parat?

Parken wird in Hamburg und auch in Harburg zunehmend zum Problem. In vielen verdichteten Wohnvierteln herrscht Chaos, besonders seit die gesetzliche Pflicht für die Bauherren entfiel, für die Mieter auch ausreichend Stellplätze herzustellen. Nun wird der öffentliche Straßenraum zugeparkt mit den bekannten negativen Folgen für Radfahrer, Fußgänger und Anwohner.

Interessant war es daher, was ein Behördenvertreter im Verkehrsausschuss kürzlich zum Thema referierte. Es wurde von 2011 bis 2015 insgesamt 624 Wohnungen in Harburg ausgewertet. Dabei wurden be-

reits 200 Stellplätze weniger hergestellt, als nach der damals noch geltenden sehr moderaten Stellplatzverordnung hätte hergestellt werden müssen. Eine Evaluierung für die Zeit von März 2015 bis heute blieb die Behörde schuldig. Die Lage ist daher noch viel dramatischer. 1.159 Wohnungen wurden allein in 2016 genehmigt, 1.296 in 2017, das sind allein in diesen beiden Jahren vier Mal so viele Wohnungen, wie von der Behörde bisher ausgewertet.

Man kann daher mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Minderherstellung von mittlerweile 1.000 Pkw-Stellplätzen in Harburg

– allein im Wohnungsbau – ausgehen. Hinzu kommt der Wegfall von Parkplätzen im öffentlichen Raum durch Straßenumbauten oder die Bebauung von ehemaligen Parkflächen. In der Nähe der TUHH und in einigen Straßen in Wilstorf gehört das Parken in zweiter Reihe beiderseits der Fahrbahnen sowie das Zuparken von Radwegen und Einfahrten bereits zum Alltag.

Ein gefährlicher Alltag kann das sein, wie der Brand von Altona im Januar mit dem Tod eines Menschen tragisch belegt. In der Bernstorffstraße hatten Falschparker die Rettungswege blockiert und rechtzeitiges Eingreifen verhindert. Wer dieser Tage abends versucht durch die Viertel nahe der TUHH oder den Reeseberg zu fahren, der fragt sich, wann sich der Fall auf tragische Weise in Harburg wiederholen wird.

Wir fordern erneut Gespräche mit der unteren Straßenverkehrsbehörde und der Verwaltung, um vor Ort geeignete Maßnahmen einzuleiten. Ein Parkraumkonzept für die dichter besiedelten Harburger Wohnquartiere ist dringend nötig. Der Bau von Quartiersgaragen muss gefördert werden.



Zustand der Bezirksstraßen oft gefährlich: Straßenschäden zeitnah ausbessern!

Durch die wechselvolle und teilweise sehr kalte Winterwetterlage im Februar und März 2018 hat auch der Zustand der Bezirksstraßen stark gelitten. Gerade dort, wo bereits bisher leichtere Straßenschäden vorhanden waren, haben diese teilweise deutlich zugenommen.

Löcher im Asphalt und tiefere Spurrillen auf der Fahrbahn stellen eine erhebliche Unfallgefahr nicht nur für Autofahrende sondern vor allem auch für Radfahrende und Fußgänger dar.

Gerade die Bezirksstraßen sind es, wo Radfahrer meist auf die Fahrbahn geführt werden oder nach der Straßenverkehrsordnung zum Fahren auf der Fahrbahn verpflichtet sind. Die Ausbesserung von Straßenschäden auf Bezirksstraßen muss deshalb zügig erfolgen.

Eine vorübergehende Anordnung von Tempo 30 bei schweren Straßenschäden hilft da kaum. Die Unfallgefahr gerade für Radfahrende bleibt hoch, da anders als bei Pkws bereits im Falle niedrigerer

Geschwindigkeiten schwere Unfälle die Folge sein können. Leicht können bei Dunkelheit Schäden übersehen werden. Auch kleinere Ausweichmanöver genügen oft, um bei Radfahrenden zu Unfällen zu führen. Wer also den Radverkehr fördern will, muss besonders für einen guten Zustand der Bezirksstraßen sorgen.

Zwar sollen im Bezirk Harburg im laufenden Jahr die Grundinstandsetzung von circa 0,7 km erfolgen und circa 5,2 Fahrbahnkilometer saniert werden. Dies wird jedoch nach diesem Winter in keiner Weise ausreichen, um die vielen Straßenschäden zeitnah zu beseitigen.

Fachbehörde und Bezirksverwaltung müssen die aktuellen Straßenschäden aller Bezirksstraßen verstärkt ins Visier nehmen und die Schäden zügig ausbessern. Wir forderten hier die Unterstützung aller Parteien ein. SPD und CDU in der Bezirksversammlung Harburg lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit gleichwohl ab und zwar ohne Begründung.

Ihre Fraktion stellt sich vor

Kay Wolkau

kay.wolkau@neueliberale-harburg.de

www.kay-wolkau.de

- Fraktionsvorsitzender
- Politische Schwerpunkte: Stadtplanung, Radverkehr und Soziales
- Beruflicher Hintergrund: Rechtsanwalt

Isabel Wiest

isabel.wiest@neueliberale-harburg.de

www.isabel-wiest.de

- Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Wechsel mit Barbara Lewy
- Politische Schwerpunkte: Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Bürgerservice
- Beruflicher Hintergrund: Juristin

Barbara Lewy

barbara.lewy@neueliberale-harburg.de

- Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Wechsel mit Isabel Wiest
- Politische Schwerpunkte: Bürgerbeteiligung, Jugendhilfe und Kultur
- Beruflicher Hintergrund: Behindertenassistenz



Ist Harburgs Internetauftritt verständlich und barrierefrei?

Bei politischer Beteiligung stellen wir uns immer wieder die Frage: Wie kann sich die Bevölkerung politisch einbringen? Welche Wege und Mittel stehen ihnen zur Verfügung?

Die meisten Wege zur Beteiligung basieren darauf, dass alle Menschen ein gutes Textverständnis haben. Denn die Informationen werden in Schriftform zur Verfügung gestellt. Doch es ist für viele Menschen schwierig, Informationen in Textform zu verstehen. Wie viele Menschen haben damit vielleicht Probleme? Dazu wurden in den letzten Jahren Studien gemacht.

Die Level-One-Studie der Universität Hamburg aus dem Jahr 2012 offenbarte, dass knapp 15 Prozent der Erwachsenen in Deutschland Probleme haben, überhaupt längere Texte zu verstehen. Das sind etwa 7,5 Millionen Menschen. Weitere 13,3 Millionen Menschen haben größere Probleme beim Lesen und Schreiben – auch

wenn sie nicht als Analphabeten gelten. Das bedeutet: Es gibt über 20 Millionen Menschen, für die es wichtig wäre Informationen in „Leichte Sprache“ zu fassen.

Wir finden es wichtig, Politik leicht verständlich zu machen. Dazu gehört auch, dass die Internetseiten für Harburgs Bezirksversammlung leichter zu verstehen sind. Die Bürgerschaft in Hamburg hat schon eine extra Seite, die leicht zu verstehen ist. Dort wird die Bürgerschaft mit ihren Aufgaben erklärt. Genauso könnte dies auch für die Bezirksversammlung gemacht werden. „Leichte Sprache“ sehen wir hier als Mittel, um Diskriminierung vorzubeugen und Teilhabe möglich zu machen. Der Antrag wurde von der GroKo „ohne Annahme in den Ausschuss überwiesen“. Wir hoffen, dass dies nicht nur gemacht wurde, um ihn dann im Ausschuss auf die „lange Bank zu schieben“.

Online-Eingaben an die Bezirksversammlung:

<http://www.hamburg.de/harburg/online-eingaben/8483138/online-eingaben/>

Wichtige Telefonnummern für Harburg

Polizei	110
Polizeikommissariat 46 (Lauterbachstraße 7)	4 28 65-46 10
Polizeikommissariat 47 (Neugrabener Markt)	4 28 65-47 10
Feuerwehr / Rettungsdienst	112
Telefonseelsorge	0800 1 11 01 11 oder 0800 1 11 02 22
Kinder- und Jugendtelefon	0800 1 11 03 33
Behördenfinder	115

Hotline „Saubere Stadt“	25 76-11 11
Melden von Verunreinigung auf öffentlichen Wegen, in Parks oder Grünanlagen	
Bezirkliche Fachstelle für Wohnungsnotfälle	4 28 71-26 28
Harburger Tafel e. V.	77 11 08 97
Der Hafen – Verein für psychosoziale Hilfe Harburg e. V.	7 65 59 14
Margaretenhort Jugendhilfe und Sozialpsychiatrische Betreuung	79 01 89-0